



LandesschülerInnenvertretung  
der Gymnasien,  
der berufsbildenden Schulen  
und der Regionalschulen  
in Schleswig-Holstein

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Kommissionsvorlage 17/65**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kiel, 23.02.2010

hiermit übersende ich Ihnen auch im Auftrag der Landesschülervertretungen der berufsbildende Schulen, der Regionalschulen und der Gymnasien die gemeinsamen Antworten zu den „Fragen der Enquetekommission“.

Wir möchten uns für die Möglichkeit dieser Stellungnahme genauso bedanken wie für Ihre Bereitschaft, diese Stellungnahme später zu erhalten als eigentlich gefordert.

Mit freundlichen Grüßen

<p>Torben Stallbaum Landesschülersprecher der Gymnasien SH</p> <p>Rümpeler Weg 25 23843 Bad Oldesloe</p> <p>Fon: (04531) 80 86 76 Mob.: (01511) 595 48 93</p>	<p>Landesschülervertretungen Schleswig-Holsteins Preußerstraße 1-9 24105 Kiel</p> <p>Fon: (0431) 57 86 96 Fax: (0431) 57 86 98</p> <p>E-Mail: <a href="mailto:info@schuelervertretung.de">info@schuelervertretung.de</a> Web-Page : <a href="http://www.schuelervertretung.de">http://www.schuelervertretung.de</a></p> <p>Bürozeiten : Mo. – Fr. 8.00 – 15:00</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

### **Die Ausgangssituation aus Sicht der SchülerInnen:**

Die unterschiedlichen Schulsysteme der Länder machen die Grenzen sehr undurchlässig.

Das zähe Ringen um das jetzt beschlossene Gastschulabkommen zeigt zwar, dass es Bemühungen gibt, den Schülern in Grenznähe die Schulwahl zu lassen, ist aber in unseren Augen nicht ausreichend.

Die Freizügigkeit von Familien ist stark eingeschränkt, da einige SchülerInnen Probleme bei einem Schulwechsel haben. Nicht selten muss man, wenn man in ein anderes Bundesland zieht, nicht nur die Schule wechseln, sondern findet sich in einer Schulart wieder, die es in dieser Form im eigenen Bundesland nicht gibt. In der neuen Schule werden die Inhalte in anderen Jahrgängen gelehrt, es werden auch ganz andere Fächer angeboten und es gibt unterschiedliche Leistungsstandards. Dies ist nur eine Auswahl der Faktoren, die sich für SchülerInnen ändern, aber sie macht schon deutlich, wie sehr der Umzug noch zusätzlich erschwert wird.

Zudem sind die Leistungsstandards nicht nur in den einzelnen Klassen, sondern auch bei Abschlussarbeiten unterschiedlich. Das bayrische Abitur so wie auch alle anderen Schulabschlüsse werden als anspruchsvoller angesehen und genießt somit oft höheres Ansehen, als die unseren. Das Hamburger Abitur so wie alle anderen Schulabschlüsse hingegen gelten als leichter. Auch dieser Eindruck wird bestärkt, wenn man mit SchülerInnen spricht, die aus Schleswig-Holstein nach Hamburg gewechselt sind. In diesem Zusammenhang ist den Medien ein Bestreben des Bildungsministers zu entnehmen gewesen, die Abituraufgaben anzugleichen. Dies halten wir jedoch für schwierig, da schon beim schleswig-holsteinischen Zentralabitur Probleme auftreten. So haben viele Schulen die Themenbereiche der Abiturvorbereitungsklausuren gar nicht im Unterricht behandelt. Die Koordination von mehreren Bundesländern ist dann noch komplexer. Sie nimmt den LehrerInnen außerdem die Flexibilität die Schwerpunkte auf die Themen zu legen, die die SchülerInnen interessieren. Auch fürchten wir hier um die Qualität des Abiturs, denn Zentrale Prüfungen sind tendenziell leichter als dezentrale. Falls jedoch auch die vermittelten Lerninhalte bzw. Lernpläne angeglichen werden, wäre dies natürlich umsetzbar.

Die Schulzuständigkeit endet oft mit der Landesgrenze. So interessiert es die Schule im Süden Schleswig-Holsteins in der Regel nicht, was die Schule im Norden von Hamburg an Angeboten hat und ob man beispielsweise gemeinsame Projekte ins Leben rufen könnte.

Gerade im Nachmittagsangebot, das an vielen Schulen freiwillig ist, könnte man jedoch sehr eng kooperieren und so ein weitaus besseres Angebot für SchülerInnen erstellen.

Diesen Versuch wagen jedoch meist nur Vereine, die aber wiederum nicht an der Schule beteiligt sind.



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

- **Welche weiteren Kooperationen im Bereich Bildung mit den anderen norddeutschen Ländern neben den bereits bestehenden wären bedenkenswert? Gibt es Impulse für die Politik?**

Das erste Ziel muss sein, Hemmschwellen abzubauen. Hierzu ist es zwingend notwendig, dass die Schulsysteme näher zusammenrücken. Das heißt nicht, dass sie sich zwingend in Ihrer Struktur angleichen müssen, aber die Kooperationen müssen gestärkt werden. Ein Ausbau von freiwilligem Angebot, wie es oben geschildert ist, hilft, dass SchülerInnen und LehrerInnen sich austauschen, so weiter gemeinsam arbeiten und sich vernetzen können.

In diesem Sinne wäre es zum Beispiel denkbar, Partnerschaften zwischen Schulen einzurichten. Diese Partnerschaften existieren zumindest an schleswig-holsteinischen Schulen bereits mit ausländischen Schulen. Man könnte dies jedoch auch für Beziehungen zwischen Bundesländern einführen/fördern.

Inhaltliche Zusammenarbeit, wie sie in Projektarbeiten der verschiedenen Fächer geschieht, kann sowohl erste Gemeinsamkeiten aufdecken und fördern, als auch thematische Annäherungen unterstützen. Aber auch Sportturniere, die zwischen schleswig-holsteinischen Schulen veranstaltet werden, können beispielsweise auch bundesweit durchgeführt werden. Hierfür sollten nicht nur –wie es derzeit ist- die Landesbesten gegeneinander antreten.

Des Weiteren ist auch eine engere bildungspolitische Vernetzung anzustreben. Die Schulsysteme sollten sich durchaus in dieselbe Richtung entwickeln und die anderen Länder an den Erfahrungen des eigenen Landes teilhaben lassen. Hätte man sich zum Beispiel vorher praxisnah die Durchführung von G8 oder der Profileroberstufe angeguckt und ihre Stärken und Schwächen analysiert, wären bedeutend kritisch zu sehende und unklare Umstände nicht eingetreten. Wir können alle voneinander lernen, hierzu ist ein Dialog notwendig! Ein „Bildungsgipfel“ muss nicht immer bundesweit sein und nur die Bildungsminister umfassen. Auch ein regelmäßiges Treffen von allen, die Bildungspolitik machen, ist sinnvoll. Wir tun dies im Rahmen der LSVen, jedoch sind auf Grund der engen Etatlage der jeweiligen LSVen kaum weitere Fahrten möglich.

- **Wie lassen sich die bestehenden Kooperationen weiter optimieren?**

Die oben genannte engere Zusammenarbeit ist notwendig. Dinge, wie das Gastschulabkommen, hätten längerfristig geplant werden können, der Dialog muss ausgebaut werden.

In bestehende Kooperationen müssen Landes-SchülerInnenvertretung und Landeselternbeiräte fest eingebunden werden.



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

- **Welche Vorteile bietet ein föderales Bildungssystem?**

Ein föderales Bildungssystem bietet hauptsächlich den Vorteil der Flexibilität. Hamburg als Stadtstaat beispielsweise hat ganz andere Bedürfnisse als die Flächenländer.

Außerdem ist ein föderales Bildungssystem natürlich mit einem kürzeren Dienstweg versehen als ein einheitliches Bildungsministerium in Berlin.

Des Weiteren macht die Individualität der Bundesländer auch einen Teil der Attraktivität für Kooperationen mit Unternehmen aus. So bieten andere Bundesländer wirtschaftlichen Unternehmen immer unterschiedliche Möglichkeiten, die Bildung mit gemeinsamen Projekten mit den Schulen zu fördern.

*Da uns hier die Frage nach den Nachteilen eines föderalen Bildungssystems fehlt, stellen wir uns diese Frage selbst:*

Der größte Vorteil des Bildungsföderalismus ist derzeit auch sein größter Nachteil: Die Pluralität der Schulsysteme macht die bundesdeutsche Bildungslandschaft zu einem sehr unübersichtlichen und komplexen Themenfeld mit sehr unterschiedlichen Ansätzen.

Dinge, wie die Dauer der Grundschulzeit, sind unterschiedlich geregelt, haben aber wenig mit regionalen Faktoren zu tun. Hier ist einzig und allein die politische Ausrichtung der Landesregierungen entscheidend, die zum Beispiel zwischen gemeinsamen und getrennten Lernen von SchülerInnen unterschiedlicher Leistungsniveaus entscheidet.

Dies macht eine Orientierung und einen Schulwechsel sehr schwer, da Schulabschlüsse in den Bundesländern unterschiedlich gewertet werden und ihnen tatsächlich verschiedene Unterrichtsinhalte zugrunde liegen.

- **Welche Vorteile ergeben sich aus einer Verlagerung der Kompetenzen auf Bundesebene (im Sinne einer zentralistischen „Bundesagentur für Bildung“)**

Wir sehen hier vor Allem folgende wesentliche Vorteile:

Vereinfachung im Schulsystem: Wir setzen die zentralistische Lösung auch gleich mit einem einheitlichen Schulsystem in allen Bundesländern, was die Landesgrenzen durchlässig macht.

Dies würde auch zu einer Angleichung der Lehrerbildung und Lehrerbezüge führen, die dringend nötig ist!

Des Weiteren könnte man von einer größeren Chancengleichheit sprechen, denn Leistungsstandards würden dann beispielsweise auch auf der Bundesebene festgelegt und überprüft. Die KMK versucht dies zwar, scheitert jedoch



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

regelmäßig.

Wir sind nicht die Verwaltungsexperten, können uns aber auch vorstellen, dass die zentralistische Lösung günstiger ist: Gedanken die derzeit 16 mal gedacht werden, könnten auf einer Stelle konzentriert werden, man hätte nur noch einen Ausschuss (Bundestag) anstatt 16 und letztendlich auch nur einen Bildungsminister. Das gesparte Geld könnte der Bildung effektiv zu Gute kommen, anstatt unnötig in der Verwaltung zu versacken.

Auch wäre es in diesem System wahrscheinlich möglich, dass der Bund einen Teil der Bildungsfinanzierung übernehmen könnte. Dies ist nicht nur ein Weg, mehr Geld in Bildung fließen zu lassen („Bildungsrepublik“ der Kanzlerin), sondern kann auch zu mehr Chancengleichheit führen. Es ist nicht gerecht, dass die Bildung von Kindern davon abhängt in welchem Bundesland sie leben, weil die Bundesländer unterschiedlich viel für ihr Bildungssystem ausgeben können oder wollen.

### **•Wie wäre das System der KMK zu verbessern? Welche Ziele sollten formuliert werden?**

Die KMK in unserem derzeitigen föderalen System muss deutlich aufgewertet werden, aber auch deutlich mehr und effizienter arbeiten.

Standards, die die KMK vorgibt, sollten in allen Ländern verbindlich sein und der Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen den Bundesländern größer sein.

Davon erhoffen wir uns folgende Effekte:

- Angleichung der Niveaus
- Automatische Annäherung der Schulsysteme
- Geldersparnis
- Weiterentwicklung der Bildungslandschaft

Um dies zu ermöglichen muss ein Austausch jedoch auch deutlich unter der Ministerebene stattfinden. Nicht nur die Spitzen der Ministerien, sondern auch die Mitarbeiter dieser Ministerien, die Bildungspolitiker, sowie die LehrerInnen-Eltern- und SchülerInnengremien müssen enger zusammenarbeiten und Erfahrungen und Gedanken miteinander teilen. Deshalb sollte auch ein Kommunikationsnetz zwischen allen Gremien und Vertretern geschaffen werden, damit ein Austausch mit anderen Regionen und Bundesländern dauerhaft gewährleistet werden kann.

### **• Welche Schwierigkeiten werden gesehen?**

Eine Auflösung der Bildungsvielfalt bedeutet automatisch, dass die Schulen sich nicht mehr optimal entwickeln, da die Anforderungen und Gegebenheiten größer



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

Flächenländer sich von denen der Stadtstaaten unterscheiden.

Außerdem bedeutet die Zentralisierung, dass der Kontakt zwischen Schule und Bundesagentur nur noch insuffizient vorhanden sein wird. Das „besondere Vertrauensverhältnis“, das derzeit zwischen MBK und Schulleitern herrscht wird dann nicht mehr sonderlich stark ausgeprägt, denn die Anzahl der Schulen, die die Bundesagentur betreut, wird gigantisch. Dies wird auch dazu führen, dass die SchülerInnen und Eltern, die sich derzeit hierzulande oft beim Ministerium beschweren, wenn nichts Anderes mehr hilft, diese Möglichkeit de facto einbüßen. So wird es etwa nichts bringen, wenn eine Beschwerde an jemandem in Berlin geschrieben wird, dass LehrerIn XY in der Schule in Musterstadt im Norden von Schleswig Holstein vollkommen veralteten Stoff unterrichtet.

Als besondere Schwierigkeit muss man jedoch auch einen möglichen Leistungsverfall bei mittelstarken Bundesländern wie Schleswig-Holstein sehen, so dass es nötig ist, ein zentrales Niveau auf seine Effizienz in den einzelnen Bundesländern zu überprüfen, welches allen SchülerInnen gerecht wird, egal aus welchem Bundesland er/sie kommt.

Problematisch wird eine Vereinheitlichung in Bezug darauf jedoch, wenn beispielsweise in Hamburg die Orthografie bei Klausuren in der gymnasialen Oberstufe momentan nicht gewertet wird und dies in Schleswig-Holstein zu Punktabzügen führen kann. Denn gerade daran wird ersichtlich, wie stark die Unterschiede auch schon in Bereichen der Leistungserwartung zwischen den Stadt- und Flächenstaaten sind. Hier ist eine genaue Analyse und Durchführung der Vereinheitlichung unvermeidbar, bevor diese überhaupt durchgesetzt werden kann.

Insgesamt sehen wir Schwierigkeiten, die unter 3. genannten Vorteile in einem zentralistischen System aufrecht zu erhalten.

- **Gibt es Kompatibilitätsprobleme in den Bildungssystemen SH und HH? (Welche?)**

[siehe andere Ausführungen]

- **Welche Probleme bringt das Gastschulabkommen mit sich?**

In erster Linie kann das Gastschulabkommen finanzielle Probleme für Schleswig-Holstein bringen. Da laut dem Bildungsminister die Schulen in Schleswig-Holstein unter ihrer Belastungsgrenze unterrichten, verliert das Land Schleswig-Holstein für jeden Schüler, der in Hamburg unterrichtet wird und dem Land Hamburg den normalen Schülerkostensatz des Landes Schleswig-Holstein zahlt, an finanziellen Mitteln. Diese Schüler könnten genau so gut in eine Schule in Schleswig-Holstein gehen, in denen zwangsläufig dieser fiktive Schülerplatz bezahlt wird, egal ob dieser besetzt ist oder nicht. Dies ist die theoretische Variante, die auf einem Schülerdurchschnittswert an Schulen beruht. Denn im Randgebiet von Hamburg haben die meisten Schulen ihre maximalen Kapazitäten schon lange erreicht und keine Möglichkeiten noch weitere Schüler aufzunehmen. Deshalb ist dieser Nachteil effektiv schwierig auf die Realität



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

anzuwenden, da diese "freien" Plätze de facto in der Metropolregion Hamburg nicht vorhanden sind.

- **Welchen Sinn könnte eine gemeinsame Bildungsentwicklungsplanung, ggf. zunächst für die Metropolregion, machen?**

Eine gemeinsame Entwicklung der Bildungssysteme in Hamburg und Schleswig-Holstein wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung. Eine gemeinsame Planung nur für die Metropolregion ist dann sinnvoll, wenn es um Dinge wie das Nachmittagsangebot oder gemeinsame Projekte geht, eine Strukturangleichung birgt jedoch Probleme, solange Schleswig-Holstein hier nicht einheitlich beschult wird.

- **In welchen Bereichen könnte die Kooperation intensiviert werden?**

Eine Kooperation sollte im Kleinen anfangen und im Großen enden, um möglichst wenige unvorhersehbare Probleme auftreten zu lassen, die die SchülerInnen des Landes stören. In diesem Sinne steht die Zusammenarbeit an erster Stelle und nicht die Angleichung der Systeme. Zusammenarbeit fördern, das kann man in vielen Dingen. Ob dies nun Musikwettbewerbe, Sportturniere, Schulpartnerschaften, gemeinsame Klassenfahrten oder gerade fachbezogene Projekte sind, die Schulen müssen sich näher kommen und ein sehr engmaschiges Feedback an die Politik geben! Im Kern muss also die Zusammenarbeit in der untersten planerischen Einheit, der Schule, begonnen werden.

- **Welche Voraussetzungen müsste die Politik schaffen, um Kooperationen zu ermöglichen?**

Projektanstöße müssen aus dem Bereich der Politik kommen, denn sowohl Hamburger als auch Schleswig-Holsteinische Schulen haben derzeit bei Weitem genug damit zu tun, sich in ihren – sich wiederholt ändernden - Strukturen zurechtzufinden.

Hier ist es wichtig, dass es sich sowohl für die Schule, als auch für Lehrkräfte und SchülerInnen als attraktiv erweist, hier teilzunehmen. Hochkarätige Gäste aus der Politik können hierbei ebenso helfen, wie die Ermutigung neue Wege zu gehen und neue Projektideen aus der Politik zu bekommen. Außerdem muss die Politik es als ihr Ziel ansehen, dass die Kooperation auf einer Gesetzesbasis beruht, die für Lehrkräfte durchführbar ist, ohne dass diese, wie es momentan häufig der Fall ist, sich vor falschen Entscheidungen fürchten müssen, wenn eine Gesetzesvorlage keine konkreten Vorgaben macht.

- **Gibt es Bereiche, in denen Landesgrenzen und Bildungshoheit der Länder ein Hindernis darstellen?**

[siehe andere Ausführungen]



## LandesschülerInnenvertretungen der Gymnasien, der berufsbildenden Schulen und der Regionalschulen in Schleswig-Holstein

- **Gäbe es Effizienzgewinne bei einer intensiveren Kooperation? Wenn ja, in welchen Bereichen?**

Gewinne hätten wir wohl weniger in den Bereichen der direkten Bildung, die sich mit Leistungstests überprüfen lässt, als viel mehr in Bereichen der Sozialkompetenz, der Vernetzung und der Vielfalt. Über diese Faktoren kann jedoch im Umkehrschluss die Qualität des Unterrichtes und der Schule als solche wieder so stark ansteigen, dass wir hier eine erhöhte Leistungsbereitschaft finden.

Die Identifikation von SchülerInnen mit ihrer Schule geht in unseren Augen immer weiter zurück. Dies liegt an vielen Reformen, die die SchülerInnen nicht gutgeheißen haben, an schlecht ausgebildeten Lehrern, an Nachmittagsunterricht an Schulen, die dafür räumlich und im Angebot nicht ausgelegt sind und vielem mehr. Dieses Problem trifft im Übrigen nicht nur SchülerInnen sondern auch Lehrkräfte und Eltern. Wenn wir es über eine solche Zusammenarbeit erreichen, dass SchülerInnen freiwillige Zeit in der Schule verbringen, die Schule nicht nur als Zwang ansehen, sondern gerne hingehen, dann steigern wir in einem Synergieeffekt auch die Haltung der SchülerInnen ihrer eigenen Schule gegenüber. Das wird dann zu einer Verbesserung der Leistungsbereitschaft führen.

- **Wie beurteilen Sie die Chancen und Risiken eines neuen norddeutschen Bundeslandes für ihren Arbeitsbereich?**

Da unsere Arbeit darauf ausgerichtet ist, bestmögliche Bildungsarbeit für die Schüler Schleswig-Holsteins zu vertreten, können wir auch in dieser Frage die oben genannten Chancen auf die Annäherung der Schulsysteme, mehr Chancengleichheit, potentiell mehr Gelder für die Bildung und eine Weiterentwicklung der Bildungslandschaft verweisen. Ein norddeutsches Bundesland wäre in diesem Sinne eine erste sinnvolle Entwicklung auf dem Weg zu einer auf Bundesebene koordinierten Bildungspolitik.

Doch auch die schon genannten Risiken beinhaltet eine solche Überlegung. Bei einer Ausweitung der zu koordinierenden Fläche, gerade in dem Falle Hamburgs als Großstadt und Schleswig-Holsteins als Flächenland, könnten regionale Eigenheiten untergehen, sodass das Schulsystem nicht so ideal sein kann, wie es vorher hätte sein können. Außerdem sehen wir auch hier den Niveauunterschied zwischen den Abschlüssen der Bundesländer.